

**No. 38548**

---

**Federal Republic of Germany  
and  
Portugal**

**Agreement concerning German assets in Portugal. Lisbon, 3 April 1958**

**Entry into force:** *24 October 1959 by the exchange of instruments of ratification, in accordance with article 15*

**Authentic texts:** *German and Portuguese*

**Registration with the Secretariat of the United Nations:** *Germany, 18 July 2002*

---

**République fédérale d'Allemagne  
et  
Portugal**

**Accord relatif à des biens allemands au Portugal. Lisbonne, 3 avril 1958**

**Entrée en vigueur :** *24 octobre 1959 par échange des instruments de ratification, conformément à l'article 15*

**Textes authentiques :** *allemand et portugais*

**Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies :** *Allemagne, 18 juillet 2002*

[ GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND ]

## **Abkommen über deutsche Vermögenswerte in Portugal**

**DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND  
und  
DIE PORTUGIESISCHE REPUBLIK,**

VON DEM GEGENSEITIGEN WUNSCH GELEITET, alle Fragen, die mit den in portugiesischem Gebiet von den Gesetzen über die vorsorgliche Beschlagnahme und Liquidation betroffenen deutschen Vermögen zusammenhängen, endgültig zu regeln und damit die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten noch weiter zu vertiefen,

UNTER BERÜCKSICHTIGUNG DER ABMACHUNGEN zwischen der Regierung der Portugiesischen Republik und den Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreichs und des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland zur Befriedigung von Ansprüchen in bezug auf diese Vermögen,

HABEN FOLGENDES VEREINBART:

### **TEIL I**

#### **Artikel 1**

Zum Zwecke der Befriedigung der von den Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreichs und des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland für sich und die von ihnen vertretenen Unterzeichnerstaaten des am 14. Januar 1946 in Paris geschlossenen Abkommens über Reparationen von Deutschland, über die Errichtung einer Interalliierten Reparationsagentur und über die Rückgabe von Münzgold erhobenen Forderungen in Höhe von 144,5 Millionen Escuden in bezug auf die deutschen Vermögen, die in portugiesischem Gebiet der geltenden Gesetzgebung über die vorsorgliche Beschlagnahme und Liquidation unterliegen, werden

1. die in flüssiger Form vorhandenen Vermögen des Deutschen Reichs und der deutschen juristischen Personen des öffentlichen Rechts einschließlich des Betrages von 12 Millionen Escuden, der sich gegenwärtig in den Händen der Vertreter der Drei Mächte befindet, den Regierungen der Drei Mächte zur Verfügung gestellt und wird
2. die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung der Portugiesischen Republik zu den mit den Regierungen der Drei Mächte vereinbarten Terminen den Unterschiedsbetrag zwischen der Höhe der in Ziffer 1 genannten Vermögenswerte und der genannten Summe von 144,5 Millionen Escuden zahlen.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erklärt, daß sie die Wiedereinbringung dieser Zahlung, die sie im Interesse der von der vorsorglichen Beschlagnahme deutscher Vermögen in portugiesischem Gebiet betroffenen Vermögensinhaber leistet, durch Erhebung eines Ablösungsbeitrages in Höhe eines Drittels des Wertes der freizugebenden Vermögen gesetzlich regeln wird.

#### Artikel 2

Die Regierung der Portugiesischen Republik erhält von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland sofort nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens in einer einmaligen Leistung den Betrag von 250 Millionen Escuden zur endgültigen Befriedigung der portugiesischen Forderungen — des Staates und der Einzelpersonen — in bezug auf das Deutsche Reich und deutsche Vermögen, die in portugiesischem Gebiet der Gesetzgebung über die vorsorgliche Beschlagnahme und Liquidation unterliegen.

#### Artikel 3

(1) Die Regierung der Portugiesischen Republik überweist auf ein bei der Banco de Portugal unter der Bezeichnung „Abkommen über deutsche Vermögenswerte in Portugal“ zu eröffnendes Depositenkonto die in flüssiger Form vorhandenen Vermögenswerte, die Gegenstand dieses Abkommens sind, mit Ausnahme der in Artikel 1 genannten.

(2) Auf dieses Konto werden die nach Maßgabe der geltenden Gesetzgebung vorsorglich beschlagnahmten Vermögen in flüssiger Form von deutschen natürlichen oder juristischen Personen, die am 1. September 1939 weder ihren Wohnsitz noch ihren Sitz in Deutschland hatten, nicht überwiesen.

(3) Über das genannte Konto ist die Regierung der Bundesrepublik Deutschland oder eine von ihr bezeichnete Stelle allein verfügungsberechtigt.

#### Artikel 4

(1) Die übrigen Vermögen werden unter Aufhebung der in portugiesischem Gebiet geltenden Gesetzgebung über das deutsche Vermögen und der zu ihrer Durchführung getroffenen Maßnahmen freigegeben, sobald Portugal den in Artikel 2 genannten Betrag erhalten haben wird.

(2) Im Zeitpunkt der Aufhebung der geltenden Gesetze über die vorsorgliche Beschlagnahme und Liquidation deutschen Vermögens werden die auf Grund dieser Gesetze eingeleiteten Strafverfahren eingestellt.

#### Artikel 5

Die Wiederherstellung der den gewerblichen Rechtsschutz betreffenden Rechte, die in portugiesischem Gebiet im Besitz von deutschen natürlichen oder juristischen Personen oder in der Bundesrepublik Deutschland im Besitz von portugiesischen natürlichen oder juristischen Personen waren, werden in einem Sonderabkommen geregelt.

#### Artikel 6

(1) Die Fragen, die sich aus dem früheren deutsch-portugiesischen Verrechnungsverkehr ergeben, werden in einem Sonderabkommen geregelt.

(2) Sofern die Zahlungen, welche die Portugiesische Republik nach dem in Absatz 1 genannten Sonderabkommen leistet, die Summe von 12 153 799 Escuden übersteigen, wird die Bundesrepublik Deutschland den Mehrbetrag, unabhängig von der in Artikel 2 dieses Abkommens vorgesehenen Leistung, an die Bank von Portugal zahlen. Erreichen die Zahlungen die genannte Summe nicht, so wird die Bank von Portugal den Unterschiedsbetrag an die Bundesrepublik Deutschland zahlen.

(3) Die oben erwähnte Summe von 12 153 799 Escuden erhöht sich um die Beträge, die auf Grund von zeitgerecht erfolgten und in Artikel 10 des früheren Abkommens über den deutsch-portugiesischen Verrechnungsverkehr vorgesehenen Reichsmark-Verkaufsgeschäften auf Fernin noch bei der Banco de Portugal eingehen sollten. Nach der sich hieraus ergebenden Gesamtsumme richten sich dann die in Absatz 2 vorgesehenen Regelungen.

#### Artikel 7

(1) Unbeschadet der Bestimmungen der Artikel 12 und 13 dieses Abkommens werden die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Portugiesischen Republik weder Fragen aufwerfen noch Klagen oder Ansprüche erheben, die ihre Grundlage in den auf portugiesischem Gebiet getroffenen Maßnahmen der Beschlagnahme und Liquidation deutschen Vermögens oder in den dieses Vermögen betreffenden Maßnahmen haben, die zur Durchführung dieses Abkommens getroffen werden.

(2) Ferner erklären die beiden vertragschließenden Regierungen — zusätzlich zu dieser Verpflichtung —, daß die Staatsangehörigen der Bundesrepublik Deutschland und der Portugiesischen Republik nicht das Recht haben, hinsichtlich der in portugiesischem Gebiet von der Gesetzgebung und den Maßnahmen der vorläufigen Beschlagnahme und Liquidation betroffenen deutschen Vermögen irgendwelche Fragen, Klagen oder Ansprüche gegen irgendwelche Personen oder Stellen zu erheben, die in bezug auf dieses Vermögen der vorerwähnten Gesetzgebung und den vorerwähnten Maßnahmen oder den zu der Durchführung dieses Abkommens zu treffenden Maßnahmen gemäß gehandelt haben.

(3) Soweit im Rahmen des deutschen innerstaatlichen Rechts den Inhabern der in portugiesischem Gebiet beschlagnahmten oder liquidierten Vermögenswerte Entschädigungen zustehen, gehen diese zu Lasten der Bundesrepublik Deutschland.

#### TEIL II

#### Artikel 8

(1) Personen, die am 21. Juni 1948 die portugiesische Staatsangehörigkeit besessen haben, genießen beim Lastenausgleich die gleiche Behandlung, wie sie den Angehörigen der meistbegünstigten Nation auf diesem Gebiet zusteht.

(2) Entsprechendes gilt für:

- I. die nach deutschem Recht selbständig abgabepflichtigen Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen, die nach portugiesischem Recht errichtet worden sind;
- II. die nach deutschem Recht gegründeten selbständig abgabepflichtigen Gesellschaften, an denen die vorerwähnten portugiesischen Staatsangehörigen, Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen sowohl am 21. Juni 1948 als auch am 8. Mai 1945 entweder unmittelbar oder über andere Gesellschaften eine Beteiligung mindestens in der Höhe besessen haben, die bei der meistbegünstigten Nation Voraussetzung für eine Vergünstigung ist.

#### Artikel 9

Auf portugiesische Staatsangehörige mit zugleich deutscher Staatsangehörigkeit ist dieses Abkommen nur anzuwenden, wenn sie die gleichen Voraussetzungen erfüllen, unter denen Angehörige der meistbegünstigten Nation mit zugleich deutscher Staatsangehörigkeit beim Lastenausgleich als Angehörige der meistbegünstigten Nation behandelt werden.

#### Artikel 10

Über die Auslegung der nach Artikel 8 und 9 anzuwendenden Vorschriften entscheiden die nach der deutschen Lastenausgleichsgesetzgebung zuständigen Verwaltungsbehörden und Gerichte.

TEIL III

Artikel 11

Die Vertragstaaten werden die zur Durchführung dieses Abkommens erforderlichen Maßnahmen treffen.

Artikel 12

Die Regierungen der Vertragstaaten werden sich in allen Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Auslegung und Anwendung dieses Abkommens konsultieren. Sie werden etwa erforderliche zusätzliche Vereinbarungen zur technischen Durchführung dieses Abkommens treffen.

Artikel 13

(1) Soweit Meinungsverschiedenheiten nicht nach Artikel 12 beigelegt werden können, sind sie, vorbehaltlich des Artikels 10, auf Verlangen eines der Vertragstaaten einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(2) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall in der Weise gebildet, daß jeder Vertragstaat ein Mitglied bestellt und diese sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen.

(3) Werden die drei Mitglieder des Schiedsgerichts nicht innerhalb von drei Monaten bestellt, nachdem ein Vertragstaat seine Absicht, das Schiedsgericht anzurufen, bekanntgegeben hat, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jeder Vertragstaat den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen.

(4) Für den Fall, daß der Präsident des Internationalen Gerichtshofes Staatsangehöriger eines der Vertragstaaten oder vorübergehend verhindert ist, soll ein Stellvertreter die in Absatz 3 vorgesehenen Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit; seine Entscheidungen sind endgültig und bindend.

(6) Das Schiedsgericht regelt sein Verfahren selbst.

(7) Jeder Vertragstaat trägt die Kosten seines Mitglieds; die übrigen Kosten werden von den beiden Vertragstaaten zu gleichen Teilen getragen, wenn solche geschuldet werden.

Artikel 14

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der portugiesischen Regierung innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 15

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifizierung; die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich in Lissabon, und zwar gleichzeitig mit den Ratifikationsurkunden zu den in Artikel 5 und 6 vorgesehenen Abkommen, ausgetauscht werden.

(2) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach dem Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft.

ZU URKUND DESSEN haben die beiderseitigen Bevollmächtigten dieses Abkommen unterschrieben.

**GESCHEHEN zu Lissabon, am 3. April 1958, in zwei  
Urschriften, jede in deutscher und portugiesischer Spra-  
che, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.**

**Für die  
Bundesrepublik Deutschland  
gezeichnet:  
von Brentano**

**Für die  
Portugiesische Republik  
gezeichnet:  
Paulo Cunha**

[ PORTUGUESE TEXT — TEXTE PORTUGAIS ]

## **Acordo sobre bens alemães em Portugal**

A REPÚBLICA PORTUGUESA

e

A REPÚBLICA FEDERAL DA ALEMANHA

CONSIDERANDO O RECÍPROCO DESEJO de regular definitivamente todas as questões relativas aos bens alemães sujeitos no território português a leis de apreensão preventiva e liquidação e assim estreitar ainda mais os laços de amizade entre os dois países;

E OS ARRANJOS FEITOS entre o Governo da República Portuguesa e os Governos dos Estados Unidos da América, da França e do Reino Unido da Grã-Bretanha e Irlanda do Norte, para a satisfação de pretensões concernentes aos mesmos bens;

ACORDARAM NO SEGUINTE:

### **PARTE I**

#### **Artigo 1.º**

Com o fim de satisfazer as pretensões, do montante de 144 milhões e 500 mil escudos, enunciadas pelos Governos dos Estados Unidos da América, da França e do Reino Unido da Grã-Bretanha e da Irlanda do Norte, por si e pelos Estados signatários do Acordo de Paris, do dia 14 de Janeiro de 1946, sobre reparações da Alemanha, sobre o estabelecimento de uma agência inter-aliada de reparações e sobre a devolução de ouro monetário, por eles representados, relativamente aos bens alemães que, no território português, estão sujeitos à legislação vigente sobre a apreensão preventiva e liquidação:

- 1) Serão postos à disposição dos Governos das Três Potências os bens do Estado alemão (Deutsches Reich) e das pessoas jurídicas alemãs de direito público, existentes em forma líquida, incluindo a soma de 12 milhões de escudos actualmente em poder dos representantes das Três Potências;
- 2) O Governo da República Federal da Alemanha pagará ao Governo da República Portuguesa, nas datas fixadas com os Governos das Três Potências, a diferença entre o montante dos bens indicados no número anterior e a referida importância de 144 milhões e 500 mil escudos.

O Governo da República Federal da Alemanha declara que este pagamento, feito em benefício dos titulares dos bens alemães que, no território português, foram sujeitos a apreensão preventiva, será recuperado por ele mediante uma contribuição (Ablösungsbeitrag), igual a um terço do valor dos bens a libertar e lançada de harmonia com uma lei alemã a promulgar.

**Artigo 2.º**

O Governo da República Portuguesa receberá do Governo da República Federal da Alemanha, imediatamente depois da entrada em vigor do presente acordo, em uma só prestação, a importância de 250 milhões de escudos, em satisfação definitiva das pretensões portuguesas, do Estado e de particulares, relativamente ao Estado alemão (Deutsches Reich) e a bens alemães que estão sujeitos, no território português, à legislação sobre a apreensão preventiva e liquidação.

**Artigo 3.º**

1) O Governo da República Portuguesa depositará em uma conta de depósito, aberta nos livros do Banco de Portugal com o título "Acordo sobre os bens alemães em Portugal", os bens, objecto deste acordo, existentes em forma líquida, à excepção dos indicados no artigo 1.º.

2) Não serão depositados nesta conta os bens em forma líquida apreendidos preventivamente, de harmonia com a legislação em vigor, a pessoas individuais ou colectivas de nacionalidade alemã que, em 1 de Setembro de 1939, não estavam domiciliadas na Alemanha nem tinham sede em território alemão.

3) Só o Governo da República Federal da Alemanha, ou a entidade por ele designada, terá o direito de dispor da referida conta.

**Artigo 4.º**

1) Os restantes bens serão libertados, revogando-se, para o efeito, a legislação vigente no território português sobre bens alemães e as medidas adoptadas para a sua aplicação, logo que Portugal tiver recebido o montante indicado no artigo 2.º.

2) Aquando da revogação da legislação vigente sobre a apreensão preventiva e liquidação dos bens alemães, serão arquivados os processos pendentes relativos às acções penais intentadas ao abrigo daquela legislação.

**Artigo 5.º**

Será regulada em acordo separado a revalidação dos direitos relativos à propriedade industrial de que eram titulares, no território português, pessoas individuais e colectivas de nacionalidade alemã, ou, na República Federal da Alemanha, pessoas individuais e colectivas de nacionalidade portuguesa.

**Artigo 6.º**

1) Os problemas resultantes do antigo clearing luso-alemão serão regulados num acordo especial.

2) Quando as entregas que a República Portuguesa efectuar nos termos do acordo especial referido na alínea 1) excederem o quantitativo de Esc. 12.153.799\$, a República Federal da Alemanha entregará o excedente ao Banco de Portugal, independentemente da obrigação prevista no artigo 2.º deste acordo. Se as entregas não atingirem o referido quantitativo, o Banco de Portugal entregará a diferença à República Federal da Alemanha.

3) Acrescerão à quantia de Esc. 12.153.799\$, acima indicada, as importâncias que ainda vierem a entrar no Banco de Portugal por virtude de operações de vendas de R.M. a prazo, efectuadas em devido tempo e previstas no artigo 10.º do antigo acordo do clearing luso-alemão, ficando o total que, em tal hipótese, viesse a apurar-se, sujeito ao regime previsto no número anterior.

Artigo 7.º

1) Sem prejuízo do disposto nos artigos 12.º e 13.º do presente acordo, os Governos da República Portuguesa e da República Federal da Alemanha comprometem-se a não levantar quaisquer questões, nem intentar quaisquer accões ou deduzir quaisquer reclamações, com fundamento nas medidas adoptadas no território português sobre a apreensão e liquidação dos bens alemães, ou nas que, relativamente a tais bens, sejam adoptadas para a execução do presente acordo.

2) Mais declaram os dois Governos Contratantes, em complemento deste compromisso, que os nacionais da República Portuguesa e da República Federal da Alemanha não terão o direito, relativamente aos bens alemães sujeitos no território português à legislação e às medidas de apreensão preventiva e liquidação, de levantar quaisquer questões, intentar accões, ou deduzir reclamações contra quaisquer pessoas ou entidades que, quanto a esses bens, tenham procedido de harmonia com as referidas legislação e medidas ou com as medidas que, para a execução do presente acordo, venham a ser tomadas.

3) As indemnizações aos titulares dos bens alemães apreendidos ou liquidados no território português, quando devidas no quadro da lei nacional alemã, ficarão a cargo do Governo da República Federal da Alemanha.

PARTE II

Artigo 8.º

1) As pessoas no gozo da nacionalidade portuguesa em 21 de Junho de 1948, beneficiam, relativamente à legislação alemã sobre perequação de encargos, do mesmo tratamento a que têm direito neste domínio os nacionais da Nação mais favorecida.

2) Esta disposição é aplicável por analogia:

I. às sociedades, associações de pessoas e patrimónios considerados colectáveis à face da lei alemã, constituídos segundo a lei portuguesa,

II. às sociedades constituídas segundo a legislação alemã e susceptíveis de serem colectadas, nas quais os nacionais, sociedades, associações de pessoas e patrimónios portugueses acima referidos possuíam, tanto em 21 de Junho de 1948 como em 8 de Maio de 1945 — quer directamente, quer por intermédio de outras sociedades — uma participação no montante mínimo que implica a aplicação a essas sociedades do tratamento reservado à Nação mais favorecida.

Artigo 9.º

O presente acordo só é aplicável aos súbditos portugueses que possuam ao mesmo tempo a nacionalidade alemã no caso de eles preencherem as condições exigidas aos nacionais da Nação mais favorecida que possuem simultaneamente a nacionalidade alemã, para serem tratados, relativamente à perequação de encargos, como nacionais da Nação mais favorecida.

Artigo 10.º

Compete às autoridades administrativas e aos tribunais declarados competentes pela legislação alemã sobre a perequação de encargos decidir sobre a interpretação das disposições a aplicar por força dos artigos 8.º e 9.º.

PARTE III

Artigo 11.º

Pelas Altas Partes Contratantes serão adoptadas as medidas necessárias à execução do presente acordo.

Artigo 12.º

A propósito das questões emergentes da interpretação e aplicação do presente acordo, os Governos das Altas Partes Contratantes consultar-se-ão e, se for conveniente à sua execução técnica, estabelecerão, de comum acordo, os meios suplementares considerados necessários.

Artigo 13.º

1) No caso de não ser possível obter o acordo previsto no artigo 12.º, as divergências serão submetidas, sob reserva do artigo 10.º, a um Tribunal Arbitral, a pedido de qualquer das Altas Partes Contratantes.

2) O Tribunal Arbitral será constituído ad hoc, mediante a indicação, por cada Alta Parte Contratante, de um seu representante; os árbitros designados por esta maneira deverão escolher um terceiro, por acordo, entre os nacionais de um terceiro Estado, o qual servirá de Presidente.

3) Se no prazo de três meses, contado a partir do momento em que uma das Altas Partes Contratantes manifeste a sua vontade de recorrer para o Tribunal Arbitral, os três árbitros não tiverem sido designados, cada uma das Altas Partes Contratantes poderá solicitar a sua designação ao Presidente do Tribunal de Justiça Internacional, a não ser que se estabeleça outro meio de se atingir o mesmo fim.

4) Na hipótese do Presidente do Tribunal de Justiça Internacional ser um nacional das Altas Partes Contratantes, ou estar momentaneamente impedido, as designações previstas no n.º 3 serão feitas por um seu substituto.

5) As decisões do Tribunal Arbitral serão tomadas por maioria de votos e serão definitivas e vinculatórias.

6) O Tribunal Arbitral regulará o seu próprio procedimento.

7) Cada uma das Altas Partes Contratantes tomará sobre si os encargos com o seu representante e metade dos restantes, se forem devidos.

Artigo 14.º

O presente acordo aplicar-se-á também ao "Land" de Berlim, se o Governo da República Federal da Alemanha, no prazo de três meses contados da sua entrada em vigor, não informar do contrário o Governo português.

Artigo 15.º

1) O presente acordo deverá ser ratificado e a troca dos instrumentos de ratificação terá lugar em Lisboa, tão cedo quanto possível simultaneamente com a troca dos instrumentos de ratificação dos acordos previstos nos artigos 5.º e 6.º.

2) A entrada em vigor do presente acordo verificar-se-á um mês depois da data da troca dos instrumentos da sua ratificação.

EM TESTEMUNHO DO QUE, os abaixo assinados, devidamente munidos de plenos poderes para o efeito, assinaram o respectivo texto do acordo.

**FEITO e lavrado em Lisboa, no dia 3 de Abril de 1958  
em dois exemplares, redigidos em alemão e português,  
dotados de igual validade.**

**Pela  
República Portuguesa  
assinado:  
Paulo Cunha**

**Pela  
República Federal da Alemanha  
assinado:  
von Brentano**

[TRANSLATION -- TRADUCTION]

## AGREEMENT CONCERNING GERMAN ASSETS IN PORTUGAL

The Federal Republic of Germany and the Portuguese Republic,

Both desiring to resolve conclusively all questions relating to German assets in Portuguese territory affected by the laws on precautionary seizure and liquidation and thus to intensify yet further the friendly relations between the two States,

Having regard to the agreements between the government of the Portuguese Republic and the governments of the United States of America, France and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland on the satisfaction of claims relating to such assets,

Have agreed as follows:

### PART I

#### *Article 1*

For the purpose of satisfying the claims raised by the governments of the United States of America, France and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland for themselves and for the signatory States to the Agreement signed on 14 January 1946 in Paris on Reparations from Germany, Establishment of an Inter-Allied Reparations Agency and the Restitution of Monetary Gold represented by them, such claims amounting to 144.5 million escudos as they relate to the German assets which in Portuguese territory have been subjected to the legislation in force on precautionary seizure and liquidation,

1. The assets of the German Reich and the German public corporations that are in liquid form, including the amount of 12 million escudos which is currently in the hands of the representatives of the Three Powers, shall be placed at the disposition of the governments of the Three Powers and
2. The government of the Federal Republic of Germany shall pay to the government of the Portuguese Republic at the times agreed with the governments of the Three Powers the difference between the amount of the assets referred to in sub-paragraph 1 and the sum of 144.5 million escudos referred to above.

The government of the Federal Republic of Germany declares that the legal basis for its recovery of this payment, which it is making in the interests of the owners of the assets affected by the precautionary seizure of German assets in Portuguese territory, shall be a levy of a contribution amounting to one third of the value of the assets to be released.

#### *Article 2*

The government of the Portuguese Republic shall receive from the government of the Federal Republic of Germany immediately after the entry into force of the present Agreement a one-time payment in the amount of 250 million escudos for final settlement of the Portuguese claims -- both from the State and from individuals -- relating to the German Re-

ich and to German assets which in Portuguese territory have been subjected to the legislation on precautionary seizure and liquidation.

*Article 3*

(1) The government of the Portuguese Republic shall transfer to a deposit account to be opened at the Banco de Portugal under the reference "Agreement on German assets in Portugal" those assets in liquid form that are covered by the present Agreement, with the exception of those referred to in Article 1.

(2) Those assets in liquid form which have been subjected to precautionary seizure in accordance with the provisions of the legislation in force and which belong to German natural or legal persons that on 1 September 1939 had neither their place of residence nor their corporate headquarters in Germany shall not be transferred into this account.

(3) The government of the Federal Republic of Germany or an agency appointed by it shall be solely entitled to dispose of the account referred to.

*Article 4*

(1) The remaining assets shall be released, with annulment of the legislation in force in Portuguese territory concerning German assets and of the measures passed for implementation thereof, as soon as Portugal has received the amount referred to in Article 2.

(2) At the moment of cancellation of the legislation in force on the precautionary seizure and liquidation of German assets the criminal proceedings initiated on the basis of those laws shall be halted.

*Article 5*

The reinstatement of the rights relating to the industrial property rights which were in the possession of German natural or legal persons in Portuguese territory or were in the possession of Portuguese natural or legal persons in the Federal Republic of Germany shall be resolved in a separate agreement.

*Article 6*

(1) Questions which arise out of the former German-Portuguese clearing arrangement shall be resolved in a separate agreement.

(2) If the payments which the Portuguese government shall make under the separate agreement referred to in paragraph 1 exceed the amount of 12,153,799 escudos, the Federal Republic of Germany shall pay the difference to the Banco de Portugal, regardless of the payment referred to in Article 2 of the present Agreement. If the payments are less than that amount, the Banco de Portugal shall pay the difference to the Federal Republic of Germany.

(3) The amount cited above of 12,153,799 escudos shall be increased by those amounts which are still to be paid over time into the Banco de Portugal on the basis of punc-

tually effected sales of Reichsmarks, as provided for in Article 10 of the former agreement on the German-Portuguese clearing arrangement. The adjustments described in paragraph 2 shall then be based upon the resultant total.

*Article 7*

(1) Without prejudice to the provisions of Articles 12 and 13 of the present Agreement, the governments of the Federal Republic of Germany and the Portuguese Republic shall neither raise questions nor bring actions or claims having their basis in the measures taken on Portuguese territory of seizure and liquidation of German assets, or in such measures affecting those assets as are taken for the purpose of implementing the present Agreement.

(2) In addition, the two Contracting States - over and above that undertaking -- declare that the nationals of the Federal Republic of Germany and of the Portuguese Republic shall not have the right to raise any questions, actions or claims, with regard to the German assets in Portuguese territory affected by the legislation and the measures of temporary seizure and liquidation, against any persons or agencies that have acted in reference to those assets in accordance with the legislation and measures referred to above or any measures to be taken for the implementation of the present Agreement.

(3) Where under German domestic law compensation is due to the owners of assets confiscated or liquidated in Portuguese territory, such compensation shall be paid by the Federal Republic of Germany.

PART II

*Article 8*

(1) In the equalization of burdens, any persons who had Portuguese nationality on 21 June 1948 shall enjoy the same treatment as is granted to the nationals of the most-favoured nation in this area.

(2) The same shall apply to:

- I. those corporations, associations of persons and estates which under German law are autonomously liable to taxation, that have been set up under Portuguese law.
- II. those companies set up under German law and autonomously liable to taxation in which the Portuguese nationals, corporations, associations of persons and estates referred to above had both on 21 June 1948 and on 8 May 1945 a holding, either directly or through other companies, amounting at least to that which is a pre-condition for relief in the most-favoured nation.

*Article 9*

The present Agreement shall be applicable to Portuguese nationals who also have German nationality only if they meet the same requirements under which nationals of the most-

favoured nation who also have German nationality are treated as nationals of the most-favoured nation in the equalization of burdens.

*Article 10*

The regulations to be applied in accordance with Articles 8 and 9 shall be interpreted by the competent administrative offices and courts under the German legislation on equalization of burdens.

PART III

*Article 11*

The Contracting States shall take the measures necessary to implement the present Agreement.

*Article 12*

The governments of the Contracting States shall consult on all matters related to the interpretation and application of the present Agreement. They shall make such additional agreements as may be necessary on the technical implementation of the present Agreement.

*Article 13*

(1) Where disputes cannot be resolved in accordance with Article 12, subject to the provisions of Article 10 they shall be submitted at the request of one of the Contracting States to an arbitration court.

(2) The arbitration court shall be constituted from case to case such that each Contracting State shall appoint one member and they shall agree on a national of a third State as the Chairman.

(3) If the three members of the arbitration court are not appointed within three months from the date when one Contracting State announces its intention to have recourse to the arbitration court, in the absence of any other agreement either Contracting State may request the President of the International Court of Justice to make the necessary appointments.

(4) In the event that the President of the International Court of Justice is a national of one of the Contracting States or if there is some other temporary impediment to his making the appointments described in paragraph 3, a person representing the President shall make them.

(5) The arbitration court shall rule by majority; its rulings shall be final and binding.

(6) The arbitration court shall determine its own procedures.

(7) Each Contracting State shall bear the costs of its own member; the remaining costs, if any, shall be borne equally by the two Contracting States.

*Article 14*

This Agreement shall also apply to Land Berlin provided that the Government of the Federal Republic of Germany does not make a contrary declaration to the Government of Portugal within three months of its entry into force.

*Article 15*

(1) This agreement requires ratification; the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible in Lisbon, simultaneously with the instruments of ratification for the agreements referred to in Articles 5 and 6.

(2) This Agreement shall enter into force one month after the exchange of the instruments of ratification.

IN WITNESS WHEREOF the plenipotentiaries of both sides have signed this Agreement.

DONE in duplicate at Lisbon on 3 April 1958 in the German and Portuguese languages, both texts being equally authentic.

For the Federal Republic of Germany:

VON BRENTANO

For the Portuguese Republic:

PAULO CUNHA

[TRANSLATION -- TRADUCTION]

## ACCORD RELATIF À DES BIENS ALLEMANDS AU PORTUGAL

La République fédérale d'Allemagne et la République portugaise,

Animées du désir réciproque de régler définitivement toutes les questions relatives aux biens allemands situés sur le territoire portugais et soumis aux lois de saisie préventive et de liquidation, et ainsi de renforcer les liens d'amitié entre les deux États; et

Tenant compte des arrangements conclus entre le Gouvernement de la République portugaise et les Gouvernements des États-Unis d'Amérique, de France et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, pour régler à l'amiable les questions relatives auxdits biens;

Sont convenues de ce qui suit:

### PARTIE I

#### *Article premier*

Afin de satisfaire les demandes présentées par les Gouvernements des États-Unis d'Amérique, de la France et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, en leur nom et au nom des autres États signataires de l'Accord conclu à Paris le 14 janvier 1946 concernant des réparations à recevoir de l'Allemagne et l'institution d'une Agence interalliée des réparations et la restitution de l'or monétaire, relatives à des créances représentant un montant total de 144,5 millions d'escudos pour les biens allemands situés sur le territoire portugais, qui étaient soumis à la législation en vigueur sur leur saisie préventive et leur liquidation, les décisions ci-après seront appliquées:

1. Les biens liquides de l'État allemand (Deutsches Reich) et des personnes juridiques allemandes de droit public, y compris le montant de 12 millions d'escudos actuellement entre les mains des représentants des Trois Puissances, seront placés à la disposition des Gouvernements de ces Trois Puissances.
2. Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne versera au Gouvernement de la République portugaise, d'après un calendrier fixé par les Gouvernements des Trois Puissances, la différence entre le montant des biens indiqués au paragraphe 1 du présent article et la somme de 144,5 millions d'escudos déjà mentionnée.

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne déclare que ce paiement, fait au bénéfice des détenteurs des biens allemands situés sur le territoire portugais et ayant fait l'objet d'une saisie, sera compensé au moyen d'un versement pour solde de tout compte égal à un tiers de la valeur des biens libérés aux termes d'une loi allemande qui sera promulguée.

*Article 2*

Le Gouvernement de la République portugaise recevra du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, immédiatement après l'entrée en vigueur du présent Accord et en une seule fois, la somme de 250 millions d'escudos pour régler définitivement les demandes portugaises (celles de l'État et celles des particuliers) concernant les biens du Reich allemand et les biens allemands qui se trouvent sur le territoire portugais et sont soumis à la saisie et en liquidation.

*Article 3*

1. Le Gouvernement de la République portugaise ouvrira un compte de dépôt à la Banque du Portugal sous le titre "Accord sur les biens allemands au Portugal" et y déposera les biens faisant l'objet du présent Accord sous forme de liquidités, à l'exception de ceux signalés dans l'article 1.

2. Ne seront pas déposés dans ce compte, selon les dispositions de la loi, les biens liquides saisis de ressortissants ou de personnes juridiques qui, le 1er septembre 1939, n'étaient pas domiciliés en Allemagne ou n'avaient pas leur siège dans ce pays.

3. Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne ou un organisme par lui désigné est seul autorisé à disposer dudit compte.

*Article 4*

1. Les biens restants seront débloqués lors de l'abrogation de la loi sur les biens allemands situés sur le territoire portugais, dès que le Portugal aura reçu le montant indiqué à l'article 2.

2. Au moment de l'abrogation de la loi sur les biens saisis et la liquidation des avoirs allemands, toutes les poursuites entamées à ce sujet seront également arrêtées.

*Article 5*

La restauration de la validité des droits de propriété industrielle concernant les biens des personnes physiques ou juridiques allemandes situées sur le territoire portugais, ou ceux des personnes physiques ou juridiques portugaises sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne fera l'objet d'un règlement spécial.

*Article 6*

1. Les problèmes liés au contentieux germano-portugais plus ancien seront réglés par un accord distinct.

2. Dans la mesure où les paiements que la République du Portugal effectuera aux termes de l'Article premier de l'accord spécial dépasseraient la somme de 12 153 799 escudos, la République fédérale d'Allemagne versera l'excédent à la Banque du Portugal, sans tenir compte de l'article 2 du présent Accord. Si les paiements ne représentent pas la somme

mentionnée, la Banque du Portugal versera la différence à la République fédérale d'Allemagne.

3. La somme de 12 153 799 escudos mentionnée ci-dessus sera augmentée des montants qui seront déposés à la Banque du Portugal dans le cadre des opérations de vente de Reichsmark, qui étaient prévues au titre de l'Article 10 de l'Accord antérieur et qui sont encore détenus par la Banque du Portugal. Après cette opération, la somme totale atteindra le montant prévu par les dispositions de l'article 2.

#### *Article 7*

1. Sans préjudice des dispositions des articles 12 et 13 du présent Accord, les Gouvernements de la République portugaise et de la République fédérale d'Allemagne s'engagent à ne plus soulever de questions et à ne plus présenter de réclamations sur les moyens à adopter pour régler la question des avoirs et liquidités allemands et pour la mise en oeuvre du présent Accord.

2. En plus de cette obligation, les Gouvernements des deux États parties déclarent que les ressortissants de la République fédérale d'Allemagne et de la République portugaise n'ont pas le droit, en ce qui concerne le territoire portugais et les mesures concernant la liquidation des biens allemands saisis, de charger une personne quelconque ou un organisme de soulever quelque question que ce soit, d'intenter des actions ou d'intervenir dans le règlement.

3. Du point de vue du droit national allemand, lorsque les détenteurs de biens qui doivent être liquidés sur le territoire portugais et qui ont droit à un dédommagement, ce dernier sera à la charge de la République fédérale d'Allemagne.

## PARTIE II

#### *Article 8*

1. Les personnes qui, au 21 juin 1948, avaient la nationalité portugaise bénéficient pour le règlement du même traitement que les ressortissants de la nation la plus favorisée sur ce territoire.

2. Cette disposition s'applique également:

- I. aux sociétés, associations ou patrimoines assujettis à l'impôt selon la loi allemande mais constitués selon la législation portugaise;
- II. aux sociétés constituées selon la législation allemande et assujetties à l'impôt, dans lesquelles des ressortissants, sociétés, associations de personnes et patrimoines portugais ont détenu, tant le 21 juin 1948 que le 8 mai 1945, directement ou par le biais d'autres sociétés, une participation dont le montant minimum correspond à celui qui est requis pour la nation bénéficiant d'un régime préférentiel.

*Article 9*

Le présent Accord ne s'applique aux ressortissants portugais qui ont également la nationalité allemande que lorsqu'ils répondent aux mêmes critères que ceux fixés pour les ressortissants de la nation la plus favorisée, qui ont également la nationalité allemande.

*Article 10*

Pour l'application des dispositions des articles 8 et 9, les organismes et tribunaux reconnus par la législation allemande sont déclarés compétents.

**PARTIE III**

*Article 11*

Les États contractants prendront toutes les mesures nécessaires pour mettre en oeuvre le présent Accord.

*Article 12*

Les Gouvernements des États contractants se consulteront sur toutes les questions relatives à l'interprétation et à l'application du présent Accord. Ils concluront tous autres arrangements complémentaires jugés nécessaires à l'exécution pratique du présent Accord.

*Article 13*

1. Toute divergence d'opinion qui ne pourrait être résolue de la manière prévue à l'article 12 ci-dessus sera, à la demande de l'un des États contractants, soumise à un tribunal d'arbitrage.

2. Le tribunal d'arbitrage sera constitué de la manière suivante: chacun des États contractants nommera son arbitre et les deux arbitres ainsi nommés désigneront d'un commun accord un ressortissant d'un État tiers comme président.

3. Si les trois arbitres ne sont pas nommés dans un délai de trois mois après que l'un des États contractants aura notifié son intention de soumettre une affaire à un tribunal d'arbitrage, l'un ou l'autre des États contractants pourra, en l'absence de tout autre arrangement, demander au Président de la Cour internationale de Justice de procéder aux nominations nécessaires.

4. Si le Président est ressortissant de l'un des États contractants, ou si quelque autre raison l'empêche de procéder aux nominations nécessaires, ces dernières seront faites par le Vice-président.

5. Les sentences du tribunal d'arbitrage seront rendues à la majorité et auront un caractère définitif et contraignant.

6. Le tribunal d'arbitrage règle lui-même sa procédure.

7. Chacun des États contractants prendra à sa charge les dépenses de son propre arbitre. Les frais restants seront répartis également entre les États contractants.

*Article 14*

Le présent Accord est applicable au Land de Berlin, à moins d'une déclaration contraire adressée par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne au Gouvernement du Portugal dans les trois mois qui suivent l'entrée en vigueur du présent Accord.

*Article 15*

1. Le présent Accord est sujet à ratification et l'échange des instruments de ratification se fera dès que possible à Lisbonne, de préférence en même temps que celui des certificats de ratification mentionnés aux articles 5 et 6 du présent Accord.

2. Le présent Accord entrera en vigueur un mois après la date d'échange des instruments de ratification.

EN FOI DE QUOI, les plénipotentiaires soussignés, à ce dûment autorisés, ont apposé leur signature au présent Accord.

FAIT à Lisbonne le 3 avril 1958 en deux exemplaires rédigés en allemand et en portugais, les deux textes faisant également foi.

Pour la République fédérale d'Allemagne:

VON BRENTANO

Pour la République portugaise:

PAULO CUNHA

